

weise E-Mail-Kommunikation, um mit geringem Aufwand einfache Anliegen zu klären, Informationen weiterzugeben und trotz langerer Pausen im persönlichen Kontakt in Verbindung zu bleiben. Die Möglichkeit einer zeitversetzten Antwort hat den Vorteil, dass Anliegen jederzeit deponiert werden können. Demgegenüber ermöglicht das Telefon kurzfristige Kontakte, eine zeitnahe Reaktion und kann genutzt werden, um Vorabklärungen zu treffen oder mit Klientinnen und Klienten in Verbindung zu bleiben (Rice 1993).

Fragestellung und methodisches Vorgehen |

Im Rahmen der explorativen Vorstudie wurden in drei exemplarischen Handlungsfeldern der Sozialen Arbeit (Schulsozialarbeit SSA, Jugend-/Suchtberatung, Soziale Dienste) Einschätzungen zur aktuellen Mediennutzung in der Beratung sowie zu möglichen Potenzialen bezüglich Blended Counseling erfasst.¹ Erkenntnisleitend waren die Fragen, ob und in welcher Form F2F-Kontakte mit digitalen Medien in der Beratung kombiniert werden und welche Vorteile (Weiß 2013, S. 13) der einzelnen Medien sich im Beratungsprozess dabei realisieren lassen.

In einem ersten Schritt wurde untersucht, welche digitalen Medien in den ausgewählten Handlungsfeldern in welcher Form für die Beratung genutzt werden und inwieweit Kombinationen vorhanden sind. Daran anschließend wurden mögliche Herausforderungen in den jeweiligen Handlungsfeldern beim kombinierten Einsatz verschiedener Medien in der Beratung identifiziert sowie Einschätzungen zu den Entwicklungspotenzialen von Blended Counseling erfasst.

Dazu wurden zehn leitfadengestützte Interviews mit Fachpersonen aus der SSA (I1-I3), der Sucht- und Jugendberatung (I4-I8) und der Sozialhilfe (I9-I10) durchgeführt. Auswahlkriterien für diese Handlungsfelder waren, dass die Zielgruppen eine hohe Mediennutzung beziehungsweise eine Affinität zu neuen Medien aufweisen (SSA), dass aufgrund der Themen ein fortgeschritterner Diskurs zu digitalen Beratungsformen besteht (Suchtberatung) und dass auch hochschwellige Beratungsformen vorhanden sind (Sozialer Dienst), so dass das Thema in der Breite der Beratungsformen exploriert werden kann. Von den Teilnehmenden der Befragung hatten sieben Personen Soziale Arbeit und jeweils eine Person Sozialwirtschaft, Psy-

Gegenwind

„I deeply distrust everything they call civil society or independent initiatives.“ Der Urheber dieses Satzes hat gute Chancen, am 1. Juli 2018 zum neuen Präsidenten Mexikos gewählt zu werden. *Andrés Manuel López Obrador*, in Mexiko unter dem Kurznamen AMLO bekannt, liegt mit der demonstrativen Verachtung für zivilgesellschaftliche Organisationen und Initiativen auf einer Linie mit rechts-konservativen Politikern wie Viktor Orbán in Ungarn, gilt seinerseits aber als Links-Populist.

Die inzwischen zahlreichen und vielfältigen Vereine und Stiftungen in Mexiko sind angesichts der Wahlperspektiven stark verunsichert. Das wurde im Mai bei der Jahrestagung der weltweiten Dachorganisation unabhängiger Spendenauskunftsstellen ICFO (www.icfo.org) in Mexikos Hauptstadt deutlich. Zugleich wurde bei der Tagung aufgezeigt, wie wirkungsvoll diese Organisationen bereits jetzt in Mexiko arbeiten. So liegt etwa die karitative Fürsorge für die jährlich rund 400.000 durchreisenden – teils auch in Mexiko strandenden – Flüchtlinge aus Südamerika nahezu ausschließlich in den Händen von mehr als 100 lokalen Bürgerinitiativen.

Die Diskussion um *shrinking spaces*, das heißt abnehmende Handlungsspielräume zivilgesellschaftlicher Organisationen aufgrund politischer Restriktionen, hat international Fahrt aufgenommen, da diese Hindernisse in immer mehr Ländern zunehmen, die eigentlich demokratisch verfasst sind.

In Deutschland kann davon nun wirklich nicht die Rede sein; eher müssen sich Vereine und Stiftungen hier Gedanken machen, wie sie sich längerfristig das Interesse und die Unterstützung auch der nachrückenden Generationen verdienen und sichern können. Eine heiße Debatte hat sich bei uns aber an einer anderen Frage entzündet: bezüglich des richtigen Umgangs mit der „dunklen“ Seite der Zivilgesellschaft, bestehend aus Pegida und anderen Initiativen, in denen sich rechtsnational oder -radikal gesinnte Bürgerinnen und Bürger engagieren. Bis zu welchem Punkt sollen die Politik und die „helle“ Seite der Zivilgesellschaft den Dialog mit ihr suchen, und wo ist klare Abgrenzung geboten? Herausforderungen allerorten – für die Bürgersellschaft.

Burkhard Wilke

wilke@dzi.de

¹ Beteiligte im Projektteam waren neben der Autorin Dominik Schenker (Mitarbeit bei der Interviewkonzeption, -durchführung und -auswertung) sowie Patricia Flammer (Mitarbeit Interviewauswertung).